

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Verwaltung: Edl. Staatsb. Dresden,
Bau der Arbeiter, Anstalten
mit Beamten, H.-G. Dresden,
Gebrüder Kricheldorf, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei einem von Erziehungsmäßigem Art ist es durch oder ohne Erfolg schon Gewohnheit, bei der Begehr der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Höflichkeit des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreise einschließlich Postgebühren mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage: Geben, Wägen, Kasse, außerdem Post und Post-
monatlich 2,00 M., halbjährlich 10,00 M., vierteljährlich 5,00 M.
Telegraphisch: Dresden, Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfs 18, Bernauerstr. Nr. 25, Dresden.
Kunde nur wochentags von 10 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorfs 18, Bernauerstr. Nr. 25, Dresden, 12. 707.
Verlagspreis von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Ausgabenpreis: Grundpreis, die 30 mm breite Normzeitung
40 Pf., die 30 mm breite Familienzeitung 20 Pf., für ausländische
Angehörige 40 Pf., und 25 Pf. Familienangehöriger, Stellen- und Wirt-
schaftsblätter 40 Pf., Rabat, für Verlagsleistungen 10 Pf.

Nr. 302

Dresden, Sonnabend, den 29. Dezember 1928

39. Jahrg.

Am das Wehrsystem

Die bürgerliche Presse widmet den von der sozialdemokratischen Wehrkommission aufgestellten Richtlinien zum Wehrproblem ausführliche Kommentare. Dabei bemüht sich die reaktionäre Presse, die guten Bürger zu schrecken; sie labelt von sozialistischen Verfehlungsplänen in der Reichswehr. Lassen wir der Drogenberg-Presse das demagogische Spiel. Es wird die Sozialdemokratie nicht davon abhalten, zu sagen, was zu dieser Reichswehr zu sagen ist.

Abkündigung der Reichswehr oder Umgestaltung? — das war die Frage, vor der die Wehrkommission bei der Ausarbeitung des praktischen Teiles stand. Wir haben gestern in einem Artikel dargelegt, warum sich unsere Wehrkommission für ein Wehrsystem erklären mußte, warum sie sich nicht damit begnügen konnte, zu erklären: „Wir lehnen jede militärische Wehr im kapitalistischen Staat ab.“ Sie stand nur noch vor der Entscheidung, wie das Wehrsystem, das wir fordern, aussehen soll. Je reaktionärer sich das Gesicht der Reichswehr im Laufe der Zeit entfaltete, um so stärker wurde in unsern Reihen die Stimmung, die einfach die Abkündigung der Reichswehr forderte. Schon auf dem Parteitag in Berlin 1925 einigte sich eine starke Minderheit auf einen Antrag, der die Abkündigung der Reichswehretats verlangte. Die Reichswehr von heute ist ein Soldatenheer, das politisch die Züge des wilhelminischen Militarismus zeigt.

Hätte die Sozialdemokratie die entscheidende Macht in der deutschen Republik, so wäre das Problem rasch gelöst. An Stelle der Reichswehr träte eine von republikanischen und sozialdemokratischen Wehr. Aber daran ist für absehbare Zeit nicht zu denken. Die Reichswehr ist da, und praktisch würde ihre Abkündigung schon dadurch schwierig, daß die Verträge der Rannschaffen auf zwölf Jahre laufen. Wollte die Sozialdemokratie also die Abkündigung dieser Wehr fordern, so müßte sie zunächst auf juristische Hemmnisse und Hänge sich außerdem in der Agitation die Hände. Die Sozialdemokratie hat bisher bei jeder passenden Gelegenheit demokratisch-republikanische Reformen für die Reichswehr gefordert. Darauf kann sie auch für die Zukunft nicht verzichten. Will sie sich die Möglichkeit nicht entgehen lassen, an der Reichswehr politisch zu arbeiten, so muß sie diesem militärischen Apparat ein entsprechendes Reformprogramm entgegenstellen, wie es die Wehrkommission mit ihrem Entwurf tut.

Nun kann man entgegenen: „Auch die Reform der Reichswehr ist nicht möglich, solange wir nicht ein ganz anderes Maß von Macht haben.“ Das ist richtig. Aber die Sozialdemokratie hat sich in ihrer gesamten Politik mit ihren Forderungen nie danach gerichtet, ob die Verwirklichung schwer oder leicht war. Ihre Forderungen hatten immer auch einen taktischen Wert. Unser Endziel ist die Vervollständigung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Trotzdem suchen wir innerhalb dieser Gesellschaft soziale Reformen durchzuführen, gegen die sich die bürgerlichen Parteien mit allen Mitteln wehren. So ist es mit allen Reaktionen dieses Staates, so kann man auch die Umgestaltung der Reichswehr fordern — mit dem Endziel der Umwandlung in eine Truppe,

die einen besseren Schutz der Freiheit, des Friedens und des sozialen Fortschritts bedeutet.

Was wir gegen die Reichswehr einzuwenden haben, kann man in begrenztem Sinne oft auch gegen die Polizei sagen. Auch sie ist ein Instrument des Klassenstaates. Auch in ihr fehlt jener republikanisch-sozialistische Geist, den wir fordern. Auch hier verlangen wir nicht die Abschaffung der Polizei, sondern ihre Umgestaltung. Denn fordern wir die Abschaffung — in welche Schwerezeiten kämen die amtlichen Vertreter der Sozialdemokratie mandmal. Kehlich mit der Reichswehr. Verberken wir uns auf ihre Abschaffung, so binden wir uns — wie das Julius Deutsch in dem gestern von uns zitierten Artikel ganz richtig sagt — politisch die Hände und verbauen uns taktische Möglichkeiten und Bewegungsfreiheiten, die eine so große Partei wie die sozialdemokratische haben muß. Aus allen diesen Gründen hat sich die Mehrheit der Wehrkommission für die Fassung „Umgestaltung der Reichswehr“ entschieden.

Heber die Formulierung allerdings läßt sich streiten, und wir meinen, daß hier in puncto Reichswehr der Entwurf eine Lücke enthält. Es fehlt am Schluß des dritten Absatzes Abschnitt III ein Passus, in dem das Wehrsystem der Sozialdemokratie gegen die Reichswehr von heute scharfer Ausdruck findet. Statt dessen erfolgt dort ein unzulänglicher Sprung aus dem theoretischen in den praktischen Teil.

Der Entwurf zeigt noch andere Mängel. Im vierten Absatz des Abschnittes II wird eine Sprache angewandt, die in ein verständlicheres Deutsch überfetzt werden müßte. Es heißt dort, die SPD. erkenne keine Verpflichtungen der deutschen Republik an, „die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszusprechen“. Dieser Absatz wendet sich mit Recht gegen jede weitere Aufrüstung, vor allem gegen die Panzerkreuzerei. Die Bürgerlichen glauben, alle Rüstungsmöglichkeiten auszunutzen zu müssen, die uns der Versaillesvertrag läßt. Wo baut die Schiffe, die wir dürfen. Wegen solche Drauflosrusterie muß freudig gemacht werden, weil selbst nach Auslassungen alldemokratischer Militärs ein paar Panzerkreuzer für Deutschland militärisch zwecklos sind und weil wir fordern müssen, daß Deutschland mit der Abrüstung vorgeht. Aber dieser Protest hätte scharfer und klarer ausgedrückt werden können, als es in diesem gewundenen Absatz geschieht. Ebenso fehlt ein Passus, der sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Rüstungsindustrie und die damit zusammenhängenden Eventualitäten im Kriegsfall äußert.

Die Diskussion wird weitere Anregungen und Verbesserungsversuche bringen. Und es wird darauf angedacht, daß die SPD. an der Debatte Beteiligten demüßigen, sich nicht auf selbstgefällige Reden beschränken, sondern sachlich geführt, so können sie sehr fruchtbar sein und werden endlich manche Unklarheiten klären, die über unsere Stellung zur Wehrfrage innerhalb und außerhalb unserer Reihen bestehen, seitdem der Weltkrieg das Militärprogramm der Sozialdemokratie zerstückelt und neue Tatsachen schuf.

Neue Wege der Wirtschaftspolitik

Von Tony Sender, M. d. R.

In zunehmendem Maße haben wir in den letzten Monaten, wie mit dem Jader von verschiedenen ausländischen Staaten, allen voran der Tschechoslowakei, ein Schleuderexport betrieben wurde, der nur dadurch möglich wurde, daß es sich dort nicht nur um eine fertige Industrie mit Staatshilfe arbeitende Industrie handelt, sondern auch auf der Basis außerordentlich schlechter Arbeitsbedingungen ein starkes soziales Dumping betrieben wurde. Dabei hat der Jaderverbraucher des Inlandes ganz bedeutend höhere Preise zu zahlen; auf seine Kosten erfolgt die Ausfuhr zu Schleuderpreisen.

Die deutsche Landwirtschaft als auch die Jaderfabriken waren von diesem Vorgehen bedroht. Der Jader aber hat eine dreifach wichtige Bedeutung. Er ist nicht nur ein sehr wertvolles Nahrungsmittel, dessen Verbrauch weiter gesteigert werden sollte; es kommt dazu die Wichtigkeit der Jaderindustrie, und schließlich ist es für die Landwirtschaft von hohem Wert, den Bau der Jaderfabriken als Vorbild für den Weizenbau zu betreiben, um auf diese Weise die Böden zu verbessern.

Trotz der Anerkennung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Jaderproduktion konnte man indessen vom Standpunkt der Verbraucher und der Arbeiter dem Verlangen der Jaderproduzenten nach Erhöhung des Zollschutzes nicht ohne weiteres entsprechen. Es galt für Arbeitervertreter, Mittel und Wege zu weisen, die wohl dem sozialen Dumping des Auslandes Schranken setzten, dabei aber in besserer als bei allen bisherigen Wirtschaftsmassnahmen auch das Interesse der Verbraucher für die zu ergreifenden Maßnahmen maßgeblich sein läßt. Darum konnte für die Sozialdemokratie das Versprechen der Jaderproduzenten nicht genügen, daß sie auch bei Gewährung eines erhöhten Zollschutzes zur Abwehr dieses Dumpings den erhöhten Zoll nicht auf den Preis abwälzen wolle. Auch die Tatsache, daß innerhalb der gesamten Jaderindustrie ein Vertrag mit solcher Bindung zustande kam, konnte uns nicht ausreichen.

Es mußte darum nach neuen Wegen gesucht werden, und es ist charakteristisch, daß nur die sozialistische Welt sie zu zeigen vermochte. Entsprechend dem sozialistischen Agrarprogramm wurde verlangt, daß eine Zoll-erhöhung lediglich den notwendigen Produktionsschutz bewirke, zugleich aber die Preissteigerungen für den Verbraucher des Inlandes verhindern müsse. Dieser Linie ist in folgender Weise entsprochen:

Der Zoll ist auf 25 M. erhöht; aber seine Auswirkung auf den Preis ist dadurch verhindert, daß gesetzlich festgelegt ist, daß der Jader-Großhandelspreis niemals 21 M. pro 50 Kilogramm übersteigen darf. (In den letzten Jahren war der Jader-Großhandelspreis bis auf circa 24 M. gestiegen.) Die Regierung überwacht die für das Gesetz maßgeblichen Preise an der Magdeburger Börse. Sofort, wenn der Preis 21 M. übersteigen sollte, hat der Reichsfinanzminister die Pflicht, den Zollfuß von 25 M. herabzusetzen auf 10 M. (früherer Zollfuß 15 M.), um so eine starke Herabsetzung des Preises in Deutschland herbeizuführen. Gewichtig durch die Erfahrungen der Zwangswirtschaft, in der man auch Höchstpreise hatte, aber zu diesen nur allzuoft keine Ware erhalten konnte, hat die Sozialdemokratie durchgesetzt, daß eine weitere Sicherung in das Gesetz aufgenommen wurde, die dahin geht: wenn festgestellt wird, daß an der Magdeburger Börse nur unbedeutende Mengenverhältnisse zum vorgeschriebenen Höchstpreis getätigt werden, tatsächlich aber die Deckung des Bedarfs der Verbraucher zu diesem Preis gar nicht durchgeführt wird, so hat wiederum sofort der Finanzminister den Strafzoll von nur 10 M. in Kraft zu setzen, und das gewollte Ziel der Preisermäßigung wird erzwungen.

Natürlich ist das Finanzministerium verpflichtet, eine Stelle einzurichten, die mit der Überwachung der Magdeburger Börse zu betrauen ist. Aber wir brauchen uns nicht allein auf deren gutes Funktionieren zu verlassen. Neben wir doch in der Großverkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine eine proletarische Organisation, die zu den größten Jaderabnehmern gehört, und durch ihren Geschäftsbetrieb selbst eine stete Kontrolle der Preise ausübt. Im engen Zusammenwirken mit ihr wird man in Zukunft das richtige Funktionieren des Gesetzes zu überwachen haben.

Der großen grundsätzlichen Bedeutung wegen, die dieser neuen Regelung, die nur in harten Mitten mit den bürgerlichen Parteien durchgeführt werden konnte, zukommt, sei hier kurz noch einmal zusammengefaßt, welchen Sinn diese gesetzlichen Maßnahmen hatten:

1. Es mußte verhindert werden, daß eine Erhöhung des Jaderzolls vorgenommen wurde, die es ermöglicht hätte, die Jaderpreise ohne jede Beschränkung in die Höhe zu treiben. Eine parlamentarische Wehrheit für eine solche wirtschaftliche Situation des Jaderzolls war vorhanden.

2. Es mußte verhindert werden, daß durch das soziale Dumping des Auslandes, insbesondere das tschechische — das auf der Grundlage der Kartellierung,

Partei oder Affentheater?

Die Rechtskommunisten Brandler und Thalheimer sind weder der Aufforderung der Kommintern, bis zum 31. Dezember nach Moskau zu kommen, gefolgt, noch sind sie bisher entgegen der Ankündigung in dem letzten Effbrief und den Mitteilungen der Roten Kahne aus der SPD. ausgeschlossen worden. Das Organ der Links-kommunisten schreibt hierzu:

„Die Verzögerung oder gar weitere Finanzschiebung des Ausschusses Brandlers und Thalheimers hängt nicht zuletzt mit der Protektion durch die Rechten in der russischen Partei und mit der energischen Intervention Alata Jellins zusammen. Diese hat schon beim Ausschluß vom Kaufen erklärt, daß man auf sie ausschließen solle. Sie wolle nicht mehr, was man sie in der Partei hatte. Vor der Anhörung Alata Jellins mit öffentlichen Verhandlungen zurückzuziehen, würde für Stalin eine Kapitulation bedeuten. Andererseits will er es nicht auf einen offenen Kampf ankommen lassen. So sucht man nach einer Kompromißlösung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die beiden im hohen Maße unzuverlässigen „Kriegsgenossen“, „Parteiorganisatoren“, „sozialdemokratische Agenten“ in aller Stille wieder von Thalheimer aufgenommen werden müssen.“

Zugleich läßt die kommunistische Presse fort, Brandler und Thalheimer als „sozialdemokratische Agenten“ und „sozialdemokratische Heber“ in der SPD. zu bezeichnen. Der Vorwärts bemerkt dazu: „Die erkannten oder vielmehr schon über gar nichts mehr erkennenden Heber der kommunistischen Presse erheben damit, daß die SPD. in den zehn Jahren ihres Be-

standes gar nicht von richtigen Kommunisten, sondern von — Sozialdemokraten geführt worden ist! Sozialdemokraten sind bekanntlich Sozialverräter, Zuböller der Arbeiterbewegung, Kutschende und Bourgeois. Solche Leute aber waren es, die bisher mit an der Spitze der SPD. gestanden haben!“

Man fragt sich nach alledem immer wieder: Hat man es bei der SPD. mit einer Partei oder einem Affentheater zu tun?

Blutiges aus Rußland

Rosow, 28. Dezember. Nach Meldungen aus Moskau hat das Sowjetgericht in Komsomolitz im Zusammenhang mit der Bekämpfung der gegenrevolutionären Elemente in Sibirien am Donnerstag fünf Todesurteile gefällt. Unter den Todesurteilstrafen befindet sich auch ein Rotarmist, der zwei Kommunisten erschossen hat.

Im Gouvernement Kowstibirsk im Dorf Duras haben die Sowjetbehörden zwei Kommunisten getötet, weil sie eine Propaganda gegen die Kirche getrieben hätten.

Verhaftungsgefahr. Der Ausschluß zur Vorbereitung der ersten internationalen Arbeiterkonferenz ist, wie das Völkerbundsekretariat amtlich bekannt gibt, von seinem Präsidenten (London) am 18. April 1929 in einer neuen Sitzung einberufen worden. — Es ist zu einem Beschluß gelangt, die Arbeitskonferenz auch wirklich zu berufen, nicht konstitu-